

## Resolution Gemeinderat Spiekeroog

Gemeinderat Spiekeroog  
Westerloog 2  
26474 Spiekeroog

An die Landes- und Bundesregierung

### **Bundeskanzler Olaf Scholz**

Bundeskanzleramt  
10557 Berlin

### **Umweltministerin Bundesministerin Steffi Lemke**

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz  
10117 Berlin

### **Ministerpräsident des Landes Niedersachsen Stephan Weil**

Niedersächsische Staatskanzlei  
Presse- und Informationsstelle der Landesregierung  
Planckstraße 2  
30169 Hannover

### **Umweltminister des Landes Niedersachsen Christian Meyer**

Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz  
Archivstraße 2  
30169 Hannover

Sehr geehrter Bundeskanzler Olaf Scholz,  
Sehr geehrte Umweltministerin Steffi Lemke,  
Sehr geehrter Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Stephan Weil,  
Sehr geehrter Umweltminister des Landes Niedersachsen, Christian Meyer,

Der Gemeinderat des Nordseeheilbades Spiekeroog, das im UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer liegt und sein Tourismuskonzept vornehmlich auf diese einzigartige Umgebung ausgerichtet hat, möchte hiermit seine Sorge über die geplante Einrichtung mehrerer LNG-Terminals in der Jade bei Wilhelmshaven bekunden, da

- a) wir befürchten, dass hiermit eine **Festlegung der Nutzung von fossilen Energieträgern** über die Jahre hinweg bis 2043 stattfinden könnte, welche diametral dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern und der notwendigen Klimaneutralität entgegensteht.
- Die Bundesregierung möchte vornehmlich Fracking-Gas importieren, dessen Förderung und Nutzung mit immensen Umwelt- und Klimafolgen einhergeht (hoher Methanschlupf nachgewiesen).

- Als Insel sind wir im besonderen Maße durch den Klimawandel gefährdet, da durch den Meeresspiegelanstieg und erhöhte Sturmaktivitäten unmittelbar unsere Lebensgrundlage, der Tourismus auf Spiekeroog, gefährdet sein wird, sowie auch unser Wohnort als solcher.
  - Der Import von LNG steht im Widerspruch zu den selbst gesteckten Zielen des Pariser Abkommens von 2015 zur Begrenzung des Anstiegs der globalen Temperatur um 1,5°C, das die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet hat aus Verantwortung für unseren Planeten und die Menschheit.
- b) durch die bei Inbetriebnahme des FSRU „Höegh Esperanza“ zu erwartende **Einleitung von Bioziden** aufgrund der dort eingesetzten Technik mit der Kontamination des fragilen Wattenmeeres zu rechnen ist. Dies wird **mit erheblichen direkten negativen Auswirkungen bis hin zum Kippen des biologischen Gleichgewichtes** für die dort angesiedelte biologische Vielfalt zu Land, zu Wasser und in der Luft einhergehen, und damit auch für die hier auf Spiekeroog lebenden Menschen durch das Ausbleiben des Tourismus schwerwiegende Konsequenzen haben.
- Unsere Gäste würden möglicherweise vermeiden, regionale Meeresprodukte zu kaufen: Zahlreiche Kleinunternehmen, wie Erwerbsfischerei, Fischereigenossenschaften und ähnliche Zulieferer würden in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen.
  - eine Werbung mit der Unversehrtheit der uns umgebenden Region wäre in Zukunft unmöglich, der Gemeinde würden erhebliche wirtschaftliche Verluste drohen. Arbeitsplätze, Existenzen, Lebensgrundlage von 750 InsulanerInnen wären bedroht.
  - Der Zerstörung der biologischen Vielfalt ist in jeder Hinsicht entgegenzuwirken.

**Wir appellieren an Sie als die politisch Verantwortlichen**, alles dafür zu tun, die unter den Punkten a) und b) vorgebrachten Sorgen ernst zu nehmen, und folgende Aufforderungen zu verwirklichen:

1. Sorgen Sie dafür, dass die „Höegh Esperanza“ so schnell wie möglich umgerüstet wird auf Prozesswasserbehandlungen ohne jegliche Biozidnutzung. Solange mit Bioziden gespült wird, prüfen Sie regelmäßig im gesamten, möglichen Verbreitungsgebiet auf deren Rückstände und stellen, in enger Abstimmung mit der Nationalparkverwaltung sicher, dass etwaige Umweltbeeinträchtigungen minimiert und kompensiert werden.
2. Lassen Sie die Betriebsgenehmigung des LNG-Terminals nicht „automatisch“ bis 2043 laufen, sondern prüfen Sie die ökologische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit mindestens alle 2 Jahre und passen Sie die Betriebsgenehmigung entsprechend der Ergebnisse zugunsten der ökologischen Zweckmäßigkeit an.

Spiekeroog, den 26. 1. 2023

Der Gemeinderat – gez.: